

28.06.2018

Kleine Anfrage 1209

der Abgeordneten Britta Altenkamp, Hannelore Kraft,
Thomas Kutschatj und Frank Müller SPD

Schwarz-gelbe Koalition nach einem Jahr endlich in der Realität angekommen - Wie steht die Landesregierung zur negativen Personalprognose des Polizeipräsidiums Essen/ Mülheim?

Im Landtagswahlkampf wurde seitens der nun regierungstragenden Parteien von CDU und FDP die Innere Sicherheit zum Schwerpunktthema gemacht. Insbesondere der Personalstärke der Polizei wurde dabei ein breiter Raum eingeräumt. Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP heißt es noch. „Die Verteilung der Polizeikräfte auf die Kreispolizeibehörden werden wir optimieren, um bestmögliche Sicherheit im ländlichen Raum, als auch in den Ballungsgebieten sicherzustellen.“ (Seite 59 des Koalitionsvertrages). Seitdem wurde insbesondere in den Metropolen des Landes immer wieder die Sorge der verantwortlichen Stellen in den Polizeipräsidien laut, dass ein Abbau der Polizeistellen und eine schleichende Verlagerung der Polizeikräfte in den ländlichen Raum erfolge.

In der Essener Lokalausgabe der NRZ vom 23. Juni wird nun unter der Überschrift „Polizei sieht ihre Präsenz in Gefahr“ die Sorge des Präsidenten des Polizeipräsidiums Essen/ Mülheim zum Ausdruck gebracht, „dass die Behörde zum 1. September unterm Strich schlechter dastehen wird“.¹ Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei für Essen und Mülheim wird in dem benannten Artikel wie folgt zitiert: „Auf dem Papier haben wir zwar ein Plus an Stellen, doch wir werden effektiv weniger Polizisten haben.“

Da Ungleiches auch ungleich behandelt werden muss, trifft die Landesregierung die besondere Verantwortung, die Anstrengungen der Polizeibeamtinnen und -beamten insbesondere in den Großstädten angemessen zu unterstützen und so zu einer dauerhaften Reduzierung der Kriminalitätszahlen beizutragen.

¹ <https://www.nrz.de/staedte/essen/personalnot-polizei-essen-sieht-ihre-praesenz-in-gefahr-id214662607.html>

Datum des Originals: 28.06.2018/Ausgegeben: 29.06.2018

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Personalzuweisungen werden im Jahr 2018 im Rahmen des jährlichen Nachersatz- und Versetzungsverfahrens an das Polizeipräsidiums Essen/ Mülheim erfolgen?
2. Welche Personalabgänge sind seit dem 1. September 2017 im Polizeipräsidium Essen/ Mülheim zu verzeichnen gewesen (Bitte aufschlüsseln nach den jeweiligen Gründen, Prognose bis zum nächsten Nachersatz- und Versetzungsverfahrens)?
3. Wie sieht die Stellenprognose der Landesregierung für das Polizeipräsidium Essen/ Mülheim aus (Bitte detailliert aufschlüsseln, insbesondere die Kompensation der Abgänge durch Pensionierungen und Versetzungen)?
4. Wie will die Landesregierung die besonderen Anforderungen im Polizeipräsidium Essen/ Mülheim (zum Beispiel: ständig steigende Zahl von Demonstrationen, konsequentes Vorgehen gegen die Clankriminalität, effektive Videoüberwachung am Rheinischen Platz in Essen, Sicherung bestimmter Gebäude wie zum Beispiel der alten und neuen Synagoge) angemessen unterstützen?

Britta Altenkamp
Hannelore Kraft
Thomas Kutschaty
Frank Müller